

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1917

10.10.1917 (No. 276)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

№ 276

Mittwoch, den 10. Oktober 1917

160. Jahrgang

Expedition:
Karlsruhe, Straße Nr. 14
Telefon Nr. 953 und 954,
Postfach Nr. 3515.

Voranzahlung: vierteljährlich 4 M. 45 P.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefmarkengebühr eingerechnet, 4 M. 63 P. —
Anzeigengebühr: die 6 mal getragene Petitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, Zwangsweise Beitreibung und Kontokorrentverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Blauschiebung, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inferent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Minister Dr. Hübsch zur siebten Kriegsanteile.

„Mit Herz und Hand für's Vaterland“ singen unsere braven Feldgrauen, wenn sie zum Schutze der Heimat ins Feld ziehen und ihre wuchtige Hand verspüren die Feinde an Leib und Leben. Auch in der vor den Greueln des Krieges beschützten Heimat hat „Herz und Hand“ jedes braven Volksgenossen dem Wohle des Vaterlandes nach besten Kräften dienstbar zu sein. Das Vaterland braucht Dein Geld zu Wehnen und unser aller Schutz; also öffne Deine Hand und gib ihm in Reichsanteile so viel Du nur immer kannst.

Minister Dr. Hübsch.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben Sich unter dem 1. September d. J. gnädigst bewogen gefunden, dem Wirklichen Geheimen Oberbaurat Sarre, Präsident des Königl. Preussischen Eisenbahngesellschafts in Berlin, das Kommandeurkreuz I. Klasse des Ordens vom Röniger Löwen zu verleihen.

Verichtigung. In der Bekanntmachung in Nr. 247 des Staatsanzeigers vom 11. September betr. die Erteilung der Erlaubnis Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs zur Annahme und zum Tragen der von seiner Majestät dem Kaiser verliehenen Roten-Kreuz-Medaille III. Klasse muß es richtig heißen: „dem Oberrevisor Joseph Späth in Konstanz“ (nicht „in Karlsruhe“).

Das Ministerium des Innern hat unterm 3. Oktober d. J. dem Verwaltungsaktuar Heinrich Meyer zum Amtsaktuar beim Bezirksamt Säckingen ernannt.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat unterm 30. Juni d. J. den Obereisenbahnsekretär Rudolf Fischer in Lahr-Stadt nach Emmendingen versetzt.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat unterm 26. September d. J. den Ingenieur Ludwig Jäger in Karlsruhe zum Eisenbahningenieur ernannt.

Gestorben:

am 2. Oktober d. J.: Daumiller, Bertold, Oberförster, zuletzt Hauptmann d. J. und Kompagnieführer.

Die Gerichtsschreiberprüfung im Spätjahr 1917 betr.
Auf Grund der in diesem Spätjahr abgelegten Gerichtsschreiberprüfung (Sekretärsprüfung) sind die nachstehend genannten Anwärter für den mittleren Justizdienst für bestanden erklärt worden:

- Franz Beck aus Konstanz,
- Karl Geist aus Stühlingen,
- Karl Helmle aus Bruchsal,
- Hermann Herr aus Eppingen,
- Augustin Keller aus Erlenbach,
- Karl Kletti aus Wiffingen,
- Eugen Kausch aus Wiffingen,
- Otto Kschann aus Emmendingen und
- Wilhelm Bolz aus Sodenheim.

Karlsruhe, den 8. Oktober 1917.

Ministerium des Großh. Hauses, der Justiz und des Auswärtigen.
von Dusch. Frey.

Dem Badischen Landesverein vom Roten Kreuz wurde gemäß § 1 der Bundesratsverordnung über Wohlfahrtspflege während des Kriegs vom 15. Februar 1917 die Genehmigung zur Veranstaltung einer Hausammlung von Filzhauben im Großherzogtum Baden erteilt, deren Erlös für Zwecke der Kriegswohlfahrtspflege verwendet werden soll.

Karlsruhe, den 6. Oktober 1917.

Großh. Ministerium des Innern.
von Bodman. Roehrer.

Bekanntmachung.

(Vom 8. Oktober 1917.)

Höchstpreise für Rindfleisch und Fleischwurst betr.

In Abänderung von Biffer 1 und 5 d unserer Bekanntmachung vom 26. Juli 1917, Höchstpreise für Fleisch, Wurst und sonstige Fleischwaren betreffend (Staatsanzeiger Nr. 203 vom 29. Juli 1917), wird auf Grund des Höchstpreisgesetzes vom 4. August 1914 in der Fassung vom 17. Dezember 1914, 23. März 1915 und 22. März 1917 (Reichsgesetzblatt 1914, Seite 339, 513, 1916 S. 183, 1917 Seite 253) sowie auf Grund der Verordnung des Reichskanzlers vom 5. April 1917 über die Schlachtvieh- und Fleischpreise für Schweine und Rinder (Reichsgesetzblatt Seite 319) folgendes bestimmt:

Die Höchstpreise dürfen für ein Pfund nicht überschreiten:
bei Rindfleisch (Fleisch von Ochsen, Kindern, jungen Kühen und jungen Färrn):

- a) für alle Stücke mit Knochenbeigabe, die einschließlich der eingewachsenen Knochenstücke 20 vom Hundert des Fleischgewichts nicht überschreiten darf, 1 M. 80 Pf.,
- b) für ausgebeinte Stücke ohne Knochenbeigabe, ausgenommen Lammel, 2 M. 20 Pf.,
- c) für Lammel ohne Knochen (ausgebeint) 2 M. 60 Pf.,

für Fleischwurst (auch abgebanden) 1 M. 80 Pf.

Diese Bekanntmachung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Karlsruhe, den 8. Oktober 1917.

Großh. Ministerium des Innern.
von Bodman. Dr. Schühly.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 9. Oktober.

* Vom Tage.

Auch die letzten Tage haben uns wieder eine Reihe von zuverlässigen Nachrichten gebracht, aus denen allen hervorgeht, daß die Friedensstimmung in den Bevölkerungen der Ententeländer im Wachsen begriffen ist. Zum mindesten gilt dies für Frankreich, Italien und Rußland.

In Frankreich haben die Kammerdebatten der vorvorigen Woche den letzten Schleier vor der bisher der Welt verborgen gehaltenen Tatsache enthüllt, daß die französische Regierung bald nach der großen Niederlage an der Aisne im April dieses Jahres den Entschluß gefaßt hat, keine größeren Offensiven mehr zu unternehmen und den Engländern und Amerikanern, sowie der gegen die Mittelmächte geführten, immer mehr verstärkten Blockade die Niederringung Deutschlands zu überlassen. Abgegeben von den zum Zwecke der Stimmungsmache unternommenen Vorstößen bei Verdun haben die Franzosen sich seitdem tatsächlich keine größere Kampfhandlung mehr gestattet. Die bisherigen Verluste Frankreichs wurden von der Pariser Regierung als derartig schwer erkannt, daß sie sich zu jenem Entschluß gezwungen sah. Wir brauchen wohl kein Wort darüber zu verlieren, daß die beiden fremden Faktoren, auf die Frankreich seine Hoffnungen setzte, die englische Offensive in Flandern und die wirtschaftliche Blockade zu keinem Erfolg geführt haben und zu keinem Erfolg führen werden. Diese Einsicht scheint sich aber auch innerhalb der französischen Bevölkerung breit zu machen.

Die besten Anzeichen für den langsamen, aber nicht wegzuleugnenden Stimmungswechsel in Frankreich ist erstens die oppositionelle Haltung der Sozialisten, unter denen die friedensgeneigte Strömung immer mehr zunimmt, und zweitens die Säufung von Skandalen und Streitereien in der Kammer. Der ganze Streit, der in der vorigen Woche die Kammer und die Öffentlichkeit Frankreichs durchtobte, hat seinen Ausgangspunkt in dem Bestreben der Nationalisten, die friedensfreundlichen und besonnenen Elemente durch verleumderische Anklagen, Beschimpfungen und Drohungen einzuschüchtern. Viele vermuten, daß daneben auch royalistische Wünsche mitsprechen, Wünsche, die betont antirepublikanisch sind. Ein neutrales Blatt mit sehr feinem, objektivem Urteil, die „Basler Nationalzeitung“, nennt diese

ganze Agitation einen Wahnsinn, eine Kaseri und erklärt sie sich u. a. mit der von jeher im französischen Volk stehenden Neigung, allemal dann nach „Verrätern“ zu schreien, wenn die Sache schief geht. Man stelle sich vor, daß jene nationalistischen Kriegsbeher, an ihrer Spitze der von pathologischem Fanatismus erfüllte Léon Daudet, dem früheren Minister des Innern, Malby, vorwarfen, er sei ein deutscher Spion und habe französische Kriegspläne an Deutschland verkauft! Das genannte Basler Blatt, das über die Vorgänge in Frankreich sehr gut unterrichtet ist, stellt gegenüber dieser ganzen aberwitzigen Gehe kurz und bündig fest: „Bisher ist nirgends auch nur der Schatten eines Beweises erbracht, daß irgend welche ernsthafte Korruption in Frankreich dessen Kampfkraft verringerte.“ Man ist eben allenthalben in Frankreich mit der Lage unzufrieden. Während aber die einen daraus den vernünftigen Schluß ziehen, daß dann der Frieden nicht kurzweg abgelehnt werden dürfe, bleiben die anderen, die Kriegsbeher, bei ihrem verbrecherischen Wahn und lassen ihre Wut an angeblichen „Landesverrätern“ aus. Selbstverständlich vergrößern sie damit nur die mißliche Lage. Denn der Widerstand gegen ihr Treiben wird immer heftiger, zumal greifbare Kriegserfolge ausbleiben.

In Italien scheint die friedensfreundliche Strömung noch stärker zu sein, als in Frankreich. Darauf deutet die von offeneren Verzweiflung eingegebene Verordnung der italienischen Regierung, nach welcher jede Behinderung des Krieges oder jede Beeinträchtigung des italienischen „Siegeswillens“ mit Kerker bis zu fünf Jahren, in erschwerenden Fällen bis zu zehn Jahren bestraft wird. Wie weit muß es gekommen sein, wenn sich eine Regierung zu einer solchen Maßregel entschließen konnte?! Und dabei ist heute schon zehn gegen eins zu wetten, daß diese brutale Verordnung den Friedenswillen in der Bevölkerung nicht etwa eindämmen, sondern nur noch aufs heftigste entflammen wird.

In Rußland scheint sich aus dem entsetzlichen Chaos doch wenigstens das eine Positive herauszuentwickeln: der immer lauter werdende Schrei nach Frieden. Wir wollen gewiß allen Nachrichten, die über die Beschlüsse der demokratischen Konferenz zu uns dringen, mit der größten Vorsicht begegnen und uns zunächst auf die Beurteilung von Einzelheiten gar nicht einlassen. Eins geht aber doch aus allen Nachrichten über die dortigen Reden und Beschlüsse klar hervor, daß die Mehrheit des russischen Volkes vom Glanz des Krieges erfüllt sein will, einen baldigen, allgemeinen Frieden wünscht und die Vorbereitung neuer Offensiven ablehnt. Ganz nebenbei hören wir von einer über Nacht aufgetauchten und rasch wieder beigelegten Regierungskrise. Kerenski soll demissioniert haben, dann aber in seiner Stellung geblieben sein. Das Chaos hat er jedenfalls noch in keiner Weise zu entwirren vermocht. Da tagt die demokratische Konferenz und faßt Beschlüsse, von denen die Fünfmänner-Regierung sogleich erklären lassen muß, daß sie die Regierung durchaus nicht binden. Da bildet sich langsam ein sogenanntes Vorparlament, das sich ganz bestimmte Kontrollrechte gegenüber der Regierung heimigt und grundsätzlich von dieser Gehorsam verlangt. Da ist der Arbeiter- und Soldatenrat, der, wenn die Meldungen richtig sind, wieder Beschlüsse gegen die demokratische Konferenz faßt, obwohl diese doch zum größten Teil seiner Initiative ihre Entstehung verdankt. Da stehen die Kadetten großmächtig abseits und werden von den Demokraten wieder provoziert. Da treten die Eisenbahner einiger Lohnforderungen wegen in den Generalausstand und legen damit Handel und Wandel hinter der Front gänzlich lahm. Da reißt Finnland immer mehr und mehr der Selbständigkeit entgegen, ohne daß die Regierung energisch einschritte. Fürchterlicher kann das Chaos nicht sein. Und alle Einsichtigen, die seine Furchtbarkeit erkennen, rufen nach Frieden. Aber Kerenski scheint diese Ruf nicht hören zu wollen. A.

Der Krieg zur See.

B.L.B. Berlin, 9. Okt. (Amtlich.) Im Sperrgebiet um England wurden durch unsere U-Boote wiederum 19 500 Bruttoregistertonnen versenkt. Unter den versenkten Schiffen befand sich der englische bewaffnete Dampfer „Joseph Chamberlain“ mit Bretterladung

sowie der russische schwarze Dampfer „Australia“, der Flack geladen hatte.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Die Beute eines einzigen U-Bootes. Welche Ladungsmengen der Tätigkeit unserer U-Boote zum Opfer fallen, geht wiederum aus dem Bericht ein es kürzlich an seinen Stützpunkt zurückgekehrten U-Bootes hervor, das auf seiner Kreuzfahrt im Mittelmeer, soweit festgelegt werden konnte, unter anderem versenkt hat: 20 853 T. Kohlen, 1000 T. Öl, 1015 T. Palmöl, 4000 T. Hafer, 1000 T. Wein, 700 T. Stückgut 12 Lokomotiven. Alle diese Güter waren nach Frankreich und Italien bestimmt.

Legt man für die Winterverpflegung unserer Feinde mit Hausbrandholz einen Satz von 15 Hk. für eine Dreizimmerwohnung zugrunde, so würden die versenkten 417 060 Hk. Kohlen für 27 804 Dreizimmerhaushaltungen hingereicht haben. Mit der versenkten Hafermenge von 4000 T. hätten unsere Feinde bei einem Tagesatz von 5 Pfund für ein Pferd 80 000 Pferde einen ganzen Monat lang füttern können.

Der Schiffsverkehr im Suezkanal. Nach einer Meldung der englischen Zeitung „Scotsman“ betrug der gesamte Schiffsverkehr im Suezkanal in dem am 30. Juni 1917 abgelaufenen Jahr 4 257 000 Tonnen gegenüber 10 346 676 Tonnen in dem am 30. Juni 1914 abgelaufenen Jahre.

Ein interniertes U-Boot entwichen. Das deutsche U-Boot Nr. 28, das in Cadix am 9. Sept. eingelaufen und interniert worden war, ist laut Agence Havas in der Nacht entwichen. Der spanische Ministerpräsident entbot alle hohen verantwortlichen Militär- und Marineoffiziere von ihrem Amte fern.

Zweiter Tagesbericht vom 8. Oktober.

W.L.B. Berlin, 8. Okt., abends. (Amtlich.) Im Westen nur an der flandrischen Front Feuerkampf von wechselnder Stärke.

Im Osten nichts von Bedeutung.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Deutsche Beute an der Westfront. Die deutsche Seeeres- leitung gibt die gewaltigen Zahlen der an der Westfront gemachten Gefangenen und eingebrachten Beute vom Juli bis September bekannt, woraus klar hervorgeht, daß Hindenburg trotz defensiver Taktik an dieser Front ungeheure Erfolge erzielt. In der genannten Zeit sind von den Heeresgruppen Kronprinz Rupprecht, deutscher Kronprinz und Herzog Albrecht nicht weniger als 337 Offiziere und 18 512 Mann als Gefangene eingebracht worden. 41 Minenwerfer und 188 Maschinengewehre fielen in deutsche Hand. Ferner wurden vier Geschütze und 11 feindliche Flugzeuge erbeutet.

Der französische Sozialistenkongress. Ein Antrag Bedouce im sozialistischen Kongress in Bordeaux sucht eine Mittellinie zwischen den verschiedenen Anträgen zur Friedensfrage zu finden. Der Antrag fordert die Aufnahme von offiziellen Friedensbesprechungen unter Fortsetzung der Kampfoperationen. Der „Honorer Kongress“ meldet: Die Abstimmung im sozialistischen Kongress in Bordeaux über die Friedensanträge wurde auf Mittwoch vertagt, um den verschiedenen Gruppen Gelegenheit zu nochmaligen Besprechungen zu geben. „Honorer Kongress“ berechnet die Minderheit auf 1400 Stimmen gegen die 1400 Stimmen der für die Fortsetzung des Krieges vechlangenden Mehrheit, doch sei die Haltung von etwa 100 Deputierten zweifelhaft und Überraschungen seien nicht ausgeschlossen.

Ostlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz.

W.L.B. Sofia, 7. Okt. Amtlicher Heeresbericht. Mazedonische Front: Auf der ganzen Front geringe Artillerietätigkeit, die etwas lebhafter östlich des Prespaes, in der Gegend von Roglena und westlich des Doiransees war.

Rumänische Front: Bei Mahmudia Gewehrfeuer, in der Nähe von Tulcea lebhaftes Artilleriefeuer.

W.L.B. Sofia, 8. Okt. (Nichtamtlich.) Amtlicher Bericht von gestern. Mazedonische Front: Auf der ganzen Front geringe Artillerietätigkeit, die etwas lebhafter war östlich des Prespa-Sees und in der Gegend der Roglena, sowie westlich des Doiran-Sees.

Rumänische Front: In der Nähe von Mahmudia Gewehrfeuer, in der Nähe von Tulcea lebhaftes Artilleriefeuer.

Die Selbständigmachung der Ukraine. Das Generalsekretariat der Ukraine begl. der autonomen Regierung richtete einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem erklärt wird, daß das Sekretariat, nachdem seine innere Ausgestaltung vollendet sei, das Land zu regieren beginne und alle Regierungsbehörden und alle Einwohner von dieser Tatsache in Kenntnis setze.

Italienischer Kriegsschauplatz.

W.L.B. Wien, 8. Okt. (Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart:

Am Sonja lebte an zahlreichen Stellen das Artilleriefeuer auf. Besondere Steigerung erfuhr es auf der Hochfläche von Vainizza-Heiliggeist. Zu Infanteriekämpfen kam es aber nur im Gabriele-Abchnitt, wo um Mitternacht italienische Vorstöße abgewiesen wurden.

Sonst nirgends besondere Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Der Krieg und die Heimat.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 8. Okt. Im Bundesratsstisch Dr. Helfferich, Graf Rüdern, Wallraf. Präsident Dr. Kaempf eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 20 Min. Das Haus nimmt zunächst in allen drei Besessenen den Gesetzentwurf zur Ergänzung des Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmen an.

Abg. v. Bayer (Forstl. Vp.) beantragt, den Nachttagssatz und das Besoldungsgesetz vorzunehmen, um beide Vorlagen an den Ausschuss zurückverweisen zu können. Der Senatoren- konvent sei sich über die Notwendigkeit einig gewesen. Die Fortsetzung der Interpellationsbesprechung müsse soweit zurückgestellt werden, bis der Ausschuss sich schlüssig geworden sei. Gegen die Stimmen der Konservativen und eines Teiles

der Deutschen Fraktion werden Umstellung der Tagesordnung, Kommissionsberatung und Vertagung beschlossen.

Nächste Sitzung: Dienstag, 8 Uhr nachm. Anfragen. Interpellationsbesprechung, auswärtige Politik, Interpellation betr. Vereins- und Versammlungsrecht, Schußhaft, Zensur. Interpellation des Zentrums betr. die wirtschaftlichen Verhältnisse der selbständigen Gewerbe, Nachttagssatz. Schluß 1 Uhr.

Der Reichszankler im Hauptauschuß.

Im Hauptauschuß des Reichstags erklärte zu Beginn der gestrigen Vormittagsitzung der Vorsitzende Abg. Dr. Fehrenzach im Hinblick auf die Vorgänge vom letzten Samstag, in der Bollversammlung hätten alle Fraktionen für heute Vormittagsitzungen zur Erörterung der Lage angeordnet. Von verschiedenen Seiten sei es auf deren Wichtigkeit hingewiesen worden, und da er sich den Gründen nicht verschließen könne, schlage er vor, jetzt leblich den Bericht über die Beratungen des Hauptauschusses in den letzten Tagen fortzusetzen und darauf die Sitzung abzubrechen. Der Hauptauschuß stimmte dem Vorschlag ohne Erörterungen zu, stellte den Bericht fest und einigte sich dahin, um drei Uhr wiederum zusammenzutreten, da in Anbetracht der Lage die Vollziehung des Reichstages nur von kurzer Dauer sein werde. Einer Anregung aus dem Hauptauschuß folgend, erklärte der anwesende Präsident des Reichstages, um halb 12 Uhr werde der Altentrat zur Besprechung der Geschäftslage und etwaiger sich daraus ergebender Änderungen des Arbeitsplanes zusammentreten.

Deutschland muß leben!

Unsre Feinde wollen den Frieden nicht.

Darum bleibt uns keine Wahl. Wir

müssen weiter aushalten, weiter durch-

halten. Keiner darf jetzt müde, keiner

mürbe werden, keiner auf halbem

Wege stehenbleiben. Jetzt heißt es:

„D u r c h!“

Draußen mit den Waffen, drinnen

mit dem Gelde, die Jungen mit ihren

Leibern, die Alten, die Frauen, die

Kinder mit Hab und Gut. Alles für

alle! So bereiten, so erwarten, so

verdienen wir den Sieg.

Darum zeichne!

Nachmittags trat der Ausschuss, dem Beschluß der Bollversammlung entsprechend, wiederum zusammen. Erhielten waren von der Regierung der Reichszankler Dr. Michaelis, die Staatssekretäre Dr. Helfferich, von Kühlmann, von Capelle, Graf Rüdern, Kriegsminister von Stein, ferner Unterstaatssekretäre und Bundesratsbevollmächtigte, Abgeordnete und außer den Mitgliedern des Ausschusses zahlreiche Zuhörer.

Gleich nach Eröffnung der Sitzung ergriß der Reichszankler das Wort zu etwa 1/4 stündigen Ausführungen.

Es ist Frage darüber erhoben worden, daß von seiten der Beamten Propaganda zugunsten der Vaterlandspartei betrieben worden sei. Ich möchte über die Stellung der mir nachgeordneten Reichsbeamten folgendes Grundfährliche bemerken, wobei ich hinzusetze, daß für die preussischen Beamten dieselben Grundfährliche gelten: Für alle Beamte gilt politische Meinungsfreiheit. Jeder Beamte kann jeder Partei angehören, sofern sie nicht den Bestand des Reiches oder des Staates gefährdende Ziele verfolgt. Was nach außen hin in der Erscheinung treibende politische Betätigung betrifft, haben sich die Beamte selbstverständlich Zurückhaltung aufzuerlegen, damit nicht beim Publikum das Vertrauen in ihre Unparteilichkeit erschüttert wird. Ein Mißbrauch der dienstlichen Stellung nach der Richtung, daß ein Vorgesetzter die ihm nachgeordneten Stellen zwingt oder veranlaßt, zugunsten einer bestimmten Partei Stellung zu nehmen, ist selbstverständlich durchaus unzulässig, und ich wünsche, daß von eiten der Vorgesetzten kein politischer Druck ausgeübt wird.

Diese Grundfährliche gelten für alle politischen Parteien und Richtungen in gleicher Weise, sie gelten auch gegenüber der Vaterlandspartei, und sollte von diesen Grundfährlichen abgewichen werden, so kann ich nur anheimstellen, daß der Fall zur Kenntnis der zuständigen Zentralbehörde gebracht wird, die den Sachverhalt prüft und gegebenenfalls entsprechende eingreifen wird und ich bin willens, die Innehaltung dieser Grundfährliche zu überwachen.

Auch im Heer ist jede politische Agitation ausgeschlossen. In den mir vom Herrn Kriegsminister zur Verfügung gestellten Leitfäden über den vaterländischen Unterricht, über die wohl des näheren noch gesprochen werden wird, ist die Politik ausgeschlossen.

Meine Herren, ich bin mit den bundesrätlichen Regierungen befreit, sämtlichen politischen Meinungen und Strömungen in

voller Objektivität gegenüber zu stehen, und jeder politischen Meinung volle Gerechtigkeit zuteil werden zu lassen. Ich las das, weil ich überzeugt bin, daß jede Richtung ebenlich das Beste zum Wohle des Ganzen will. Dieses gegenseitige Vertrauen zum besten Willen ist in dem Kampf der Meinungen namentlich auch in den letzten Wochen bedauerlicherweise in den Hintergrund getreten und hat eine Form der gegenseitigen Agitation gezeitigt, den ich aufs tiefste bedauere. Jeder im deutschen Volk hat bereitwillig und freudig die Opfer an Gut und Blut und warmem Leben gebracht, die von ihm verlangt werden, und ich glaube, daß auch hier in diesem Kreise kaum einer ist, der nicht in dem Gedanken an das, was er daran gegeben hat, den hervorquellenden Schmerz hanterschließen muß mit einem mutigen Dennoch.

Aus solchen opferbereiten Männern setzen sich auch die Gegner zusammen, und wenn doch im Auge behalten wird, dann ist eine Agitation, wie sie jetzt in die Erscheinung getreten ist, im Grunde ausgeschlossen. Wächten doch die Vertreter der auseinanderstrebenden Meinungen sich vor Augen halten, daß nicht der betonte Gegensatz in den Worten und Mitteln das Entscheidende ist, sondern das einheitliche und gemeinsame Ziel. Wenn wir das vor Augen haben, wenn uns klar vor Augen steht, daß wir alle an dem gleichen Stränge ziehen müssen und wollen, dann wird es dahin kommen, daß in der Tat derartige Zusammenstöße, wie sie jetzt in gewisser Weise, aus dem politischen Leben auscheiden. Das ist jetzt, wie es immer gewesen ist, und jetzt am brennendsten im Hinblick auf die schwere Zeit, in der wir stehen, unsere Pflicht. (Bravo.)

In der anschließenden Erörterung erklärte ein unabhängiger Sozialdemokrat, mit diesen allgemein gehaltenen Ausführungen nicht zufrieden zu sein. Zum mindesten hätte er erwartet, der Zankler würde zu den Vorgängen am Samstag Stellung genommen und sich geäußert haben, ob er das Verhalten seines Stellvertreters und des Kriegsministers billige.

Der konservative Redner erklärte, seine Rede habe nicht auf den an den Ausschuss zurückverwiesenen Nachttagssatz Bezug genommen, um den allein es sich hierbei doch handle.

Dagegen wandte sich der Redner des Zentrums; der Nachttagssatz fordere einen Schatzanleiheausweis, und es müsse festgestellt werden, ob daraus Mittel für die zur Erörterung stehende Agitation im Heere verwendet würden.

Ferner sprachen noch Vertreter der Fortschrittlichen Volkspartei, der Sozialdemokraten und der Nationalliberalen.

Staatssekretär des Innern v. Kühlmann erklärte, daß das auswärtige Amt natürlich keinen Zusammenhang habe mit der Schmachtschritt, die im Reichstag verteilt wurde.

Der preussische Kriegsminister v. Stein: Die Konferenz im Kriegsministerium war nicht eine solche der stellvertretenden Generalkommandos, sondern der Arbeitsämter. Die Beratsamlung richtete sich nur gegen das frivole Treiben, sonst handelt es sich um Maßnahmen des sozialen Friedens.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums bringt die Richtlinien der Obersten Heeresleitung vom 22. Juli 1917 zur Verlesung und fügt hinzu, die Leitfäden seien zur Zeit auf Grund der gemachten Erfahrungen im September ergänzt worden.

Kriegsminister v. Stein erklärt im Anschluß an die vertraulichen Mitteilungen seines Kommissars: Was wir wollen, ist danach klar. In der Praxis entwickelt sich manches anders, als es gedacht ist, deshalb wird laufend kontrolliert und die Richtlinien werden vervollkommen. Unser Bestreben ist, ausschließlich Aufklärungsarbeit zu leisten. Wir haben folgende Auskünfte über die behaupteten Mißbräuche verlangt. Das Material ist noch nicht vollständig eingegangen.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums teilt mit, daß Privatmittel bei den Veranlassungen nicht in Frage kommen.

Abg. Dr. David (Soz.): Praktisch ist die Abficht nicht erreicht, sondern die Politik ins Heer hineingetragen worden. Normalerweise wird diese Aufklärungsarbeit zu politischen Zielen führen, z. B. bei Erörterung der Friedensfrage. Soll wirklich politisch aufgeklärt werden, so muß man alle Parteien ohne Unterschied heranziehen. Die Aufklärungsarbeit, wie sie heute betrieben wird, kann nicht bleiben. Der Reichstag muß Garantien erhalten, daß keine Unterstützung der Vaterlandspartei aus öffentlichen Mitteln erfolgt.

Abg. Martin (D. Fr.): Die Leitfäden der Obersten Heeresleitung bieten die Grundlage für die Wiederherstellung der Einigkeit. Wie sie sind, sind sie klar und einwandfrei.

Abg. Graf Westarp (Konf.): Eine Politisierung des Heeres wünschen wir nicht. Aber die Fragen der auswärtigen Politik müssen die Feldherren aufgeklärt werden. Die Leitfäden sind ausgezeichnet. Einige Mißgriffe bei der praktischen Ausführung sind zweifellos vorgekommen, selbstverständlich ist Rücksicht darauf zu nehmen, daß man es mit reifen Männern zu tun hat.

Abg. Erzberger (Str.): Wir sind anderer Auffassung über die Vorlesungen am Samstag, die schweren Schäden im Ausland anrichten werden. Die Regierungsvertreter traten nicht glücklich auf. Die Reden aus dem Reichstag waren ruhig und sachlich und boten eine Basis für Einigkeit. Heute ist die Debatte wesentlich sachlicher, und morgen wird der Reiz der Mißstimmung ganz beseitigt sein. Das ist die Rechtfertigung für die heutige Ausschussdebatte. Die Grundfährliche des Reichstages über die politische Betätigung der Beamten sind richtig, sie müssen aber klar und eindeutig gebracht werden.

Staatssekretär Dr. Helfferich stellt fest, daß er im Moment am 6. Oktober keine sachlichen Ausführungen beenden hatte, als er die Rednertribüne verließ, daß also die Auffassung, er habe seine Rede abgebrochen, auf Mißverständnis beruhe. Gegen das, was er sachlich vorgetragen habe, sei auch von den Vorrednern eine Einwendung nicht gemacht worden; ein verlegendes Wort werde niemand in seiner Rede aufzufinden vermögen. Wenn man seinen Ton bemängelt, dann möge man sich vergegenwärtigen, daß er, ehe er überhaupt ein Wort gesprochen, mit nicht gerade freundlichen Zurufen begrüßt wurde und im weiteren Verlauf kaum einen Satz ohne Zurufe und Unterbrechung habe beenden können.

Abg. Dove (Vp.): Nachdem die Reichstagsresolution von der Reichsleitung abgelehnt ist, darf nicht in der bisherigen Weise agitiert werden. Die Richtlinien sind unanfechtbar, aber die Praxis zeigt doch ein anderes Bild. Die Antwort des Kriegsministers war nicht die richtige, dadurch wurde die Stimmung des Reichstages verdorben. Herr Helfferich hat keine verlegenden Worte gebraucht, aber der Eindruck war un- günstig.

Abg. Landsberg (Soz.): Der Kriegsminister sprach am Samstag mit unverkennbarer Geringschätzung von dem vorgetragenen Material und auch die Eingangsrede des Staatssekretärs erweckten den Eindruck der Prostitution.

Darauf nahm

Reichszankler Dr. Michaelis

abermals das Wort. Er teilte zur Ergänzung der Erklärungen des Staatssekretärs Helfferich in der Klarifizierung von Samstag mit, daß die Reichszentralbehörde von den ihnen nachgeordneten Stellen Bericht über eine etwaige Beeinflussung Untergebener durch dienstliche Vorgesetzte im Interesse der Vaterlandspartei angefordert hat. Das Material, das bisher vorliegt, sei äußerst spärlich; es bedürfte sich auf

Einzelfälle von untergeordneter Bedeutung, die durch die Reichspostverwaltung zur Kenntnis der Reichsleitung gelangen seien. Selbstverständlich wird in allen diesen Fällen das Erforderliche veranlaßt werden. Auch der preussische Minister des Innern habe einen Erlaß an die nachgeordneten Stellen herausgegeben, daß jeder Mißbrauch der dienstlichen Stellung zur Ausübung eines politischen Druckes oder einer politischen Beeinflussung auf Untergebene unzulässig sei, und wenn er vorkomme, nicht gebuldet werden würde.

Der Reichsminister geht dann auf die Leitfäden der Heeresverwaltung über den vaterländischen Unterricht ein, die ihn, als sie zu seiner Kenntnis gelangt seien, durchaus befriedigt hätten. Man könne nicht leugnen, daß die Heeresleitung sich in diesen Leitfäden unbedingt bemüht habe, in objektiver Weise einen großzügigen Plan der Aufklärung aufzustellen. Die Aufklärung selbst sei ohne Zweifel nötig, namentlich bei der abtumpfenden Beschäftigungslosigkeit des Stellungskrieges. Sie müsse geistig anregen, die Stimmung heben, die Leute wieder zum Frohsinn und zum Lachen bringen. Sie müssen aber auch die Kenntnis des vaterländischen Lebens und der vaterländischen Wirtschaft, ihrer Bedingungen und Zusammenhänge fördern. Daß die Oberste Heeresleitung die Politik und den politischen Streit aus dem Heere fernhalten wolle, sei selbstverständlich und in den Leitfäden ausdrücklich hervorgehoben. Naturgemäß sei bei einem solchen Riesenapparat die Grenze schwer zu ziehen und Fehler im Einzelnen nicht zu vermeiden. Das habe der Kriegsminister auch ohne weiteres zugegeben. Um dieser Fehler willen, die beseitigt und ausgemerzt werden sollen, kann man nicht die Organisation auseinanderfallen lassen, und die notwendige Aufklärungsarbeit einstellen.

Der Reichsminister erwähnte dann die günstige Wirkung der Kontrollen der Abgeordneten, die fortgesetzt werden sollten. Es könne natürlich keine Rede davon sein, daß 100 000 Personen hauptsächlich im Aufklärungsamt im Heere beschäftigt seien. Bisherige Veroneen gelegentlich und nebenher Aufklärungsarbeit verrichten, könne der Kriegsminister nicht genau angeben. Daß allgemeine Politik von dem Heere ferngehalten sei, verheißt die Reichsleitung in dem Briefe an der Antwort auf die Resolution innerhalb des Aufklärungsunterrichts unzulässig sei. Wenn hingegen in einzelnen Fällen verstoßen würde, würde eine ausdrückliche Festlegung in der nächsten Ergänzung der Leitfäden dem abhelfen.

Der Reichsminister betonte zum Schluß nochmals, daß es sein Wille sei, allen Richtungen und Strömungen des politischen Lebens mit unbedingter Objektivität gegenüberzutreten.

Auch ein nationalliberaler Vertreter betonte, daß die heutigen Ausführungen des Reichsministers und des Kriegsministers beruhigend gewirkt hätten. Ein unabhängiger Sozialist dagegen beantragte, den Aufklärungsamt aufzugeben und nur militärische Aufklärung zuzulassen.

Ein Vertreter des Kriegsministeriums sagte Vorlagen von Abdrücken der Mittellinien für den Aufklärungsamt zu. Gegenüber einer weiteren Bemerkung verlangte ein Sozialdemokrat, daß unbedingt vom Reichsminister zugefagt werde, daß jede politische Agitation im Heere ferngehalten werde und Versammlungen zur Begründung der Reichstagsresolution über einen Verhandlungsgesandten nicht beanstandet werden. Reichsminister Dr. Brüning erklärte, daß im Heere keine politische Agitation, auch nicht durch die Aufklärung getrieben werden solle. Das habe er mit dem Kriegsminister ausgesprochen. Daß Versammlungen nicht verboten werden sollen, aus dem Grunde, daß sie sich mit der Begründung und Berichtigung der Reichstagsresolution beschäftigen, das habe er treffen wollen durch die Worte: „Ich werde allen Richtungen und Strömungen mit voller Objektivität gegenüberstehen. Was die heimliche Aufklärung betrifft, auf die nun mit einmal berichtet werden soll, so bin ich nicht in der Lage, heute eine Erklärung abzugeben. Das ist eine Sache, die derartig in die militärische Gewalt eingreift, daß ich mich selbstverständlich vorher, ehe ich eine derartige Erklärung abgebe, mit der Obersten Heeresverwaltung in Verbindung setzen muß. Aber die Zusagen werden ja noch an anderer Stelle gesprochen, so daß die Sache im Zusammenhang mit den übrigen Erklärungen, die auf dem Gebiet der Zensur abgegeben werden müssen, erledigt werden kann.“

Der Antrag der unabhängigen Sozialisten wurde hierauf abgelehnt. Sodann wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten der Nachtragsetat un- verändert angenommen.

Der Zentralausschuß der fortschrittlichen Volkspartei, der dieser Tage im Reichstagsgebäude unter zahlreicher Beteiligung Stimmungen abhielt, sah die Frage folgendermaßen an: „Der Zentralausschuß der fortschrittlichen Volkspartei erklärt seine Zustimmung zur Haltung der parlamentarischen Vertretung der Partei, sowohl bei der Vereinfachung aller Kriegsmittel, wie bei Anbahnung und Unterstützung der deutschen Bemühungen um einen Verständigungsfrieden, der das Ende des heutigen Ringens und eine Neugestaltung des Völkerverlebens bringen soll. Insbesondere billigt der Zentralausschuß die im Einvernehmen mit der Reichsregierung und der Obersten Heeresleitung beschlossene Reichstagsresolution vom 19. Juli. Er weist die Unterstellung zurück, daß damit dem deutschen Volke ein einseitiger Verzicht zugunsten seiner Feinde angenommen wurde. Lehnen die Gegner eine Verständigung auf dem Boden der Gegenseitigkeit ab, so wird das ganze deutsche Volk wie ein Mann mit Wiedereinführung aller Kräfte für die Freiheit und die Zukunft Deutschlands und seiner Bundesgenossen kämpfen, in gerechten Jörn über die Urheber und die Verlängerung maßlosen Elends.“

Keine Erhöhung der Viehpreise. Es treten immer wieder Gerüchte auf, wonach mit einer Erhöhung der Schweinepreise über den Höchstpreis der Verordnung vom 5. April 1917 hinaus oder mit einer Erhöhung der Rinderpreise für besonders fette Rinder gerechnet werden könnte. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß nach der Entscheidung des Kriegsernährungsamts (siehe Verordnung vom 10. September 1917) Mastfütter in Form von Hafer, Getreide oder Gemenge an Schweine zu verüttern verboten ist und daß auch für Schlachtrinder eine Mast mit Körnerfütterung nicht in Frage kommt. Hiernach kann mit zulässigen Mitteln nach Aufheben der Weide die Erzielung sogenannter Fettträger mit besonders hohen Gewichten nicht mehr erreicht werden. Es ist deshalb ausgeschlossen, daß die Viehpreise für besonders fette Tiere nach oben erhöht werden. Die Rinderpreise sollen weder nach oben noch unten geändert werden; die Schweinepreise liegen bis 30. November nach der Verordnung vom 15. September 1917 fest und zwar mit einem einheitlichen Höchstpreis, der die obere Grenze für alle Gewichtsklassen bildet. Ihre Erhöhung kommt auch nach Ablauf dieser Zeit nicht in Frage.

Die Neutralen.

Zur Lage in Schweden wird unter dem 8. aus Stockholm gemeldet: Der König empfangt gestern die von ihm beauftragten Parteiführer, die die Antworten ihrer Parteien abgeben. Alle Parteien unterrichten mit besonderem Nachdruck den Sach, daß die bisher geführte selbständige und durchaus unparteiische Neutralitätspolitik aufrechterhalten bleibe. Die Abmilderung der Notwendigkeit hervor, die beiderseitigen Handelsbeziehungen auf-

recht zu erhalten. Die Rechte und die Liberalen erklären sich unter Hervorhebung der Schwierigkeiten einer Koalitionsregierung bereit, unter gewissen Bedingungen an einer solchen Regierung teilzunehmen. Die Rechte wünscht, daß alle die Partei betreffenden Fragen in größtmöglichstem Umfang bei Seite geschoben werden. Die Rechte erklärt sich damit einverstanden, daß die Beratungen über die Forderungen der Linken in der Verfassungsreform nicht länger als notwendig verschoben werden, und daß jetzt schon eine Parlamentarismuskommision den Auftrag erhalte, alleseitig zu untersuchen, wie die Bestimmungen über das Kommunalwahlrecht durch das Gesetz und die gesunde Entwicklung der Kommunalverwaltung, sowie die Beibehaltung eines wirklichen Zweikammersystems gesichert werden können. Die Liberalen fordern eine Einigung über das Programm für strenge unparteiische Neutralität und Handelspolitik. Ferner von der von der Mehrzahl der Wähler geforderten Verfassungsreform besonders die Einführung des Grundstaatsrechtes und des gleichen Kommunalwahlrechtes.

Die Sozialisten erklären: „Es ist vollkommen selbstverständlich, daß von der künftigen Regierung die genaue und loyale Beobachtung einer völlig unparteiischen Neutralität gefordert werden müsse, die die Regierung während des Weltkrieges wiederholt verkündet habe. Die innere Geschlossenheit der Nation erfordere indessen mit ebenso unumstößlicher Notwendigkeit, daß dem Verlangen nach einer demokratischen Verfassung nachgegeben werde. Die unablässige Bedingung für die Erreichung der Koalitionsregierung zu übertragenden Aufgaben ist daher, daß innerhalb der vorgeschlagenen Regelung völliges Einverständnis herrscht, und bezüglich der Verfassungsreform durchzuführen. Schließlich heißt es: Aus den geführten Verhandlungen erhellt, daß es an den angeführten innerpolitischen Grundvoraussetzungen einer solchen Koalitionsregierung fehlt. Unter solchen Umständen muß eine eventuelle Mitwirkung unjeder Partei an der Bildung der von der Mehrheit vorgeschlagenen Regierung ausgeschlossen sein.“ Hierauf berief der König die beiden Reichstagspräsidenten zu sich.

Nicht zuviel, nein noch lange nicht genug

Ist für die Kriegsanleihe getan und geschrieben worden. Denn noch immer sind viele Leute nicht imstande, sich Rechenschaft darüber zu geben, ob sie denn auch wirklich ihre vaterländische Pflicht erfüllt haben in dem Maße, als es ihnen tatsächlich möglich wäre. Man frage einmal gerade diejenigen, die jetzt sich darüber ereifern, daß man von nichts anderem mehr in den Zeitungen lese, als von Kriegsanleihe, ob sie selbst schon während der ganzen Kriegszeit immer ihre Kräfte und Mittel in den Dienst des Vaterlandes gestellt haben. Man wird da wohl manchem große Verlegenheit bereiten. Darum ist die ständige Ermahnung und Anfeuerung keineswegs unangebracht. Im Gegenteil, die unerbundenen Kräfte sollten sich durch die Hinweise und wiederholten Aufforderungen in den deutschen Zeitungen endlich in ihrem Gewissen verankern fühlen; nun endlich ihre Pflicht zu tun und Kriegsanleihe zu zeichnen und zwar soviel wie ihren tatsächlichen Mitteln entspricht.

Von der Genfer Polizei. In den unerhörten Genfer Skandalen, die neuerdings von sich reden machten, werden jetzt Einzelheiten bekannt. Der Angeber der künftigen Spionageverdachts Verhafteten, unter denen der Deutsche Otto von der Polizei mit List und Gewalt der französischen Gendarmerie in die Hände gespielt wurde, ist ein italienischer Defektor, Francesco Perri. Er arbeitete ursprünglich gemeinsam mit den anderen, wurde aber durch hohe Vespaltung zu ihrem Vertreter gedungen. Seine Dienste wurden von dem französischen Generalkonsulat durch den Advokaten George Bernard vermittelt, der sich für Schmuggelgeschäfte im Hause des Konsuls einmischte hatte. Die beiden betätigten sich derzeit gemeinsam, daß Perri Leuten, die er ausliefern wollte, französische Pässe verschaffte und sie dann anzeigte, worauf sie an der französischen Grenze abgefagt wurden.

Perri hat sich in der letzten Zeit die Freundschaft des Genfer Polizeichefs Magnin zugezogen, indem er ihn öffentlich der Spionage für Frankreich beschuldigte. Als dann Perri den rumänischen Spion Camaci an die Grenze locken wollte, gab Magnin dem Rumänen den Rat, zum Schein darauf einzugehen, in Wahrheit aber Perri zur Verhaftung zu bringen. Perri fuhr indessen nicht selbst mit Camaci mit, sondern sandte seinen Komplizen Bernard. Es wurden dann auf Veranlassung Magnins alle Beteiligten, auch Bernard, verhaftet und dem eidgenössischen Untersuchungsrichter zugeführt. Die Blätter sind voll von der Angelegenheit, sie verurteilen sie aufs schärfste und deuten weitere Einzelheiten der Abmachungen zwischen der Genfer Polizei und dem französischen Konsulat an. Die Demission des französischen Generalkonsuls ist inzwischen Tatsache geworden. (W.B.)

Weitere Nachrichten.

Das Kohlenabkommen zwischen Deutschland und Holland ist nun zustande gekommen, und zwar sind die deutschen Forderungen in bezug auf den Kohlenpreis und die Kredite namentlich angenommen worden. Holland erhält monatlich 250 000 Tonnen Kohlen von Deutschland und kann sich die ihm fehlende Kohle von England beschaffen. Die niederländischen Schiffe, die die Kohlen von England holen, werden von den deutschen Laubhölzern gesichert werden. Allerdings werden die niederländischen Schiffe mit Ballast nach England fahren. Deutschland gestattet ferner die Ausfuhr von Stahl und Eisen. Holland, soweit diese beiden Güter für den Schiffsbau und zahlreiche Industriezweige absolut notwendig sind.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Peru und Uruguay. Der Kongreß von Peru hat H. Ag. Savas mit 106 gegen 6 Stimmen den Abbruch der Beziehungen mit Deutschland beschlossen, den die Regierung beantragt hatte. Die Kammer von Uruguay hat mit 74 gegen 23 Stimmen den Abbruch der Beziehungen zwischen Uruguay und Deutschland angenommen. Der Senat beschloß den Abbruch mit 13 gegen 3 Stimmen. Eine Botschaft des Reichspräsidenten an die Kammer erklärt, daß die Regierung von Uruguay zwar nicht unmittelbar von Deutschland beleidigt worden sei, daß es aber notwendig sei, sich mit den Vertretern der Gerechtigkeit und der kleinen Völker in Abereinmigung zu setzen.

Der Taktum in Japan. Die Ehre der Opfer des Taifuns nächst reich. Der Schaden ist so groß, daß vorläufig nur eine ungefähre Schätzung möglich ist. Der Sachschaden be-

trägt vermutlich über 100 Millionen Yen. In der Präfektur Tokio allein sind über 500 Menschen zu Grunde gegangen, 30 000 Häuser zerstört und 150 000 Häuser beschädigt, sowie über 200 000 Menschen obdachlos. Mehrere Dörfer in der Umgegend von Tokio sind vollständig zerstört. In Sunamur wurden 300 Leichen gefunden, 300 Einwohner einer kleinen Insel bei Urupaja wurden mit der Insel vom Meere verschlungen. Es wurden weitgehende Hilfsmaßnahmen getroffen.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 9. Oktober.

Dem Badischen Heimatkund ist von Herrn Fabrikant Ernst Otto, Inhaber der Firma B. Gimmelsbach in Oberweier, Amt Lahr, der Betrag von 10 000 M. zugewendet worden. Für diese reiche Spende sei auch hier herzlich gedankt.

Die Reichsbeflehdungsstelle, der unterm 24. September 1917 Genehmigung zur Abhaltung einer Reichs-Auskleider-Woche in der Zeit vom 22. bis einschließlich 27. Oktober 1917 erteilt worden war, hat mitgeteilt, daß durch verschiedene Umstände die Verschiebung der Reichs-Auskleider-Woche auf einen späteren Zeitpunkt — vorzugsweise anfangs Dezember — notwendig geworden sei.

Vom Montag, den 15. Oktober an verkehrt der Schiffskurs 49 Konstanz-Friedrichshafen, bisher Konstanz ab 6.56 vorm., 10 Minuten früher: Konstanz ab 6.46 vorm., Meersburg an 7.11, ab 7.16, Sogau an 7.31, Zinnenstadt ab 7.46, Friedrichshafen an 8.21.

Der Badische landwirtschaftliche Verein hielt dieser Tage seine alljährliche ordentliche Versammlung der Vertreter der Bezirksvereine (Landesausstellung) unter dem Vorsitz seines Präsidenten Geh. Rat Salzer ab. Nachdem der Vorsitzende einige geschäftliche Mitteilungen erledigt hatte, worunter insbesondere diejenige erwähnenswert ist, daß der Verein sich an der 7. Kriegsanleihe mit 5000 M. beteiligt, wurden die Gegenstände der Tagesordnung erledigt und zwar der Geschäftsbericht für 1916, desgleichen die Rechnung und der Voranschlag für 1917. Das Präsidium wurde sodann ermächtigt, sich für den Verein an den Verhandlungen zur Ausführung des Gesetzes vom 5. Juli d. J. betr. den Verkehr mit Grundbesitz in der Kriegs- und Übergangszeit zu beteiligen und feinerzeit dem Landesauschuß und den Bezirksvereinen die weiteren Vorschläge vorzulegen. Die Beteiligung an der Errichtung einer Geflügelzentrale verbunden mit einer Landesgeflügelinspektion durch den Landesverband Badischer Geflügelzüchtervereine und Züchter wurde abgelehnt, weil die Bad. Landwirtschaftskammer organisationsmäßig mit der Förderung der Geflügelzucht beauftragt ist. Mit einem Hoch auf den Protektor des landw. Vereins, den Großherzog, wurde die Versammlung geschlossen.

Die Groß. Heil- und Pflanzenschule Altenau beging am 28. September in aller Stille die 75. Wiederkehr ihrer Gründung. Das 25-jährige und 50-jährige Jubiläum war 1867 und 1892 festlich gefeiert worden, beidemals unter Anwesenheit Seiner Maj. Hohheit Großherzog Friedrich I. Der Krieg verbot jetzt größere Veranstaltungen. Bei einem Festkonzert gedachte der Direktor, Herr Medizinalrat Dr. Thoma, seiner Vorgänger, namentlich des Gründers der Anstalt und ersten Direktors, Geh. Rat Christian Koller. Dieser, als Arzt an der alten Heidelberger Anstalt tätig, ruhte nicht, bis er einen Neubau ganz für den Heilzweck durchgesetzt hatte; er wußte die neue Anstalt auch mit dem rechten Geist zu erfüllen. Auf Koller folgte Geh. Rat Karl Hergt 1879-89, diesem Geh. Rat H. Schüle, der im Dezember 1916 aus einer reichen Arbeit abgerufen wurde. Aus der Altenauer Anstalt, die Jahrzehnte hindurch vorbildlich war, weit über Deutschlands Grenzen hin, ging außerdem eine ganze Anzahl bedeutender Ärzte und Direktoren hervor. Durch verschiedene Erweiterungen und Umbauten hat Altenau sich auch den Anforderungen der neueren Zeit voll anzupassen gewußt.

Gilfsdienst der Frauen.

Es wird geschrieben: Die Kriegslage gebietet, daß jeder Mann, der im Felde, in der Stappe oder für körperlich schwere Arbeit in der Heimat tätig ist, diesen Aufgaben zugeführt wird. Da aber in allen kriegerischen Betrieben ein immer dringender Bedarf an Arbeitskräften eintritt, ist eine stärkere Heranziehung arbeitsfähiger Frauen aller Stände zu kriegerischen oder produktiver Tätigkeit nötig. Dabei ist keineswegs immer körperlich schwere Arbeit zu leisten. Es gibt viele Arbeiten, die in kurzen Schichten oder in Heimarbeit hergestellt werden können. Überdies kann eine Reihe von Arbeiten als Kopfarbeit bezeichnet werden. Zu einem großen Teil der Munitionsarbeit gehört allerdings körperliche Kraft. Trotzdem können selbst bei der Munitionserzeugung viele schwächere Frauen oder Mädchen beschäftigt werden. Es hat sich praktisch ergeben, daß Frauen, denen selbst Körperarbeit körperlich zu anstrengend war, in einer bestimmten Art von Munitionsarbeit eine gutbezahlte und ihre Kräfte durchaus nicht überbeanspruchende Tätigkeit gefunden haben.

Mit gutem Erfolg sind auch in letzter Zeit Versuche gemacht worden, junge Mädchen und Frauen der Kreise, die bisher noch keine produktive Arbeit getan hatten, gutbezahlter und dem Vaterlande notwendiger Arbeit zuzuführen. Allein die bisherige Betätigung nach dieser Richtung genügt noch nicht, es müssen noch in größerem Umfang als bisher Frauen und Mädchen aller Stände aus eigenem Antrieb im vaterländischen Pflichtgefühl Gilfsdienst leisten. Dabei ist besonders auf folgendes zu achten: Gilfsdienst ist nicht etwa, wie vielfach angenommen wird, nur die Bureauarbeit bei militärischen Stellen. Gilfsdienst ist vielmehr jede produktive vaterländische Arbeit, die geeignet ist, unmittelbar oder mittelbar zur Erreichung des einen Zieles, Erringung des Sieges, beizutragen.

Es wäre sehr zu begrüßen, wenn alle deutschen Frauen einsehen wollten, daß die Hände in den Schoß legen, heute nahezu daselbe bedeutet, wie Landesverrat. Ausgenommen von der Arbeit darf niemand werden. Wie jeder Mann ohne Rücksicht auf Geburt, Ausbildung und Lebensgang sein Leben dem Vaterland weihen, so sollte jede Frau, die den Schutz des Vaterlandes genießt, alle ihre Kräfte hergeben, um sich dem Tun des deutschen Mannes würdig zu zeigen. E. W.

Heidelberg, 9. Okt. Die Deutsche Gesellschaft für Völkerverehrung setzte auf der hier abgehaltenen Jahresversammlung folgendes Programm auf: Trotz der Erschütterungen, die das Völkerverehrung im dem Krieg erlitten hat, sind wir gewiß, daß dem Völkerverehrung und seiner Wissenschaft, wie sich auch die Verhältnisse gestalten mögen, große

Aufgaben erwachsen werden. Die Gesellschaft will erstens die wirtschaftliche Erkenntnis des vorhandenen Völkerrichts fördern, zweitens mitarbeiten am Wiederaufbau und Ausbau des Völkerrichts. Sie will Vorkarbeit leisten für die künftigen internationalen Abmachungen und das, was Deutschland dabei fordern muß, zum Ausdruck zu bringen.

oc. Mannheim, 9. Okt. Im Alter von fast 80 Jahren ist der ehemalige Präsident der Handelskammer Mannheim, Geh. Hof Viktor Lenz, gestorben. Er war einer der angesehensten Mannheimer Bürger, der sich um das hiesige Wirtschaftsleben große Verdienste erworben hat.

Mannheim, 9. Okt. Gestern feierte das „Mannheimer Tageblatt“ das Jubiläum seines 50jährigen Bestehens. Vor einem halben Jahrhundert war dieses angesehenste Mannheimer Blatt von dem Buchdrucker Max Hahn gegründet worden. Heute steht das Verlagsunternehmen unter der Leitung der Brüder Adolf und Viktor Bengelbach und Eduard Hahn. Anlässlich des Gedenktages gab das Tageblatt eine Festnummer heraus, die u. a. zwei feierliche Artikel aus der Feder des Chefredakteurs Fritz Droop enthält.

Aus der Residenz.

R. Großherzogliches Hoftheater. Nach längerer Pause konnte man sich vorgestern in Verdis „Aida“ wieder einmal der seelenvollen Stimme unserer früheren Diva Jean Bauer-Kottlar erfreuen. Die Künstlerin sang die Titelpartie mit all der Schönheit, Sicherheit und Innigkeit, die ihrem wohlgepflegten Organe eigen ist und deren Wirkung durch ihr fein durchdachtes, ausdrucksvolles Spiel noch gesteigert wird. Auch Herr Schöffel hatte wieder einen guten Tag; sein Abdamés war vor allem eine gefänglich vortrefflich aus-

gereifte Leistung voller Wohlklang, Empfindung und männlicher Kraft. Auch in darstellerischer Hinsicht konnte man seine Auffassung und Ausgestaltung der Rolle gutheißen. Die Partie der Amneris sang a. G. Fräulein Luise Schröter vom Deutschen Opernhaus in Charlottenburg mit machtvoller und passender Stimme, der jedoch des öfteren ein unangenehmer fehliger Beigeschmack anhaftete. Mit dem leblosen Monumentalstil ihrer Darstellung vermochte sich die Künstlerin dem Mahnen des hiesigen Ensembles nur unvollkommen anzupassen. Hier eingzugreifen, wäre Sache der Regie gewesen. Das Orchester tat gelegentlich im Kraftaufwand zu viel des Guten, den Hören fehlte es zeitweise an rhythmischer Straffheit. Herr Lorenz leitete die Aufführung mit gewohntem Temperament. — Die Pauken standen im Zeichen der Kriegsanleihe. Durch einen formidablen und packenden, von Chefredakteur Albert Herzog gedichteten und von Fräulein Dorfer schwingvoll vorgetragenen Vorspruch war mit Erfolg zur Zeichnung in den ausliegenden Listen aufgefordert worden. Eine Summe von über 60 000 Mk. bildete das Gesamtergebnis des Abends, dem sich hoffentlich noch viele ähnliche anschließen werden.

Neueste Praxismeldungen.

W. L. V. Großes Hauptquartier, 9. Okt., vormittags. (Amtlich.)
 Westlicher Kriegsschauplatz.
 Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht.

Der Artilleriekampf in Flandern war trotz des stürmischen, regnerischen Wetters stark zwischen dem Southouster Wald und Handvoorde. Abends faßte der Feind seine Wirkung zu heftigen Feuerstößen gegen einzelne Abschnitte zusammen.

Nach unruhiger Nacht steigerte sich auf der ganzen Front die Artillerietätigkeit zum Trommelfeuer. Beiderseits der Bahn Staden-Voeringhe und nördlich der Straße Menin-Ypern brach englische Infanterie zum Angriff vor; der Kampf ist im Gange.

Bei den übrigen Armeen kam es — abgesehen von tagüber andauerndem Feuer nordöstlich von Soissons — nicht zu größeren Gefechtsabhandlungen.

Auf dem Ostlicher Kriegsschauplatz nichts von Bedeutung.

Mazedonische Front:

Lebhafte Feuerbetätigung südwestlich des Voironsees, im Bardar-Tal, am Dobropolje und im Cerna-Dogen.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.
 Verantwortlich für den Staatsanzeiger und den redaktionellen Teil:
 Hauptgeschäftsführer E. A. Menck in Karlsruhe.
 Druck und Verlag:
 G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Die 17 Sekundaner des Pädagogiums Neuenheim-Heidelberg, die Ende September 1917 in die Einjährigen-Prüfung eintraten, bestanden alle, ebenso im Sommer 2 in einjähriger Vorprüfung. In den Kriegsjahren allein: 116 Einjährige, 55 für Prima und Obersekunda (7/8. Kl.). E. 371.321

Statt besonderer Anzeige.

Heute abend entschlief nach schwerem Leiden mein geliebter Mann, der treu-
 sorgende Vater meiner Kinder, unser lieber Schwiegersohn und Schwager

Herr Hermann Sielcken

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

In tiefer Trauer:

Clara Sielcken geb. Fsenberg.

Baden-Baden, den 8. Oktober 1917.

Haus Eden

Die Trauerfeier findet am Donnerstag, den 11. Oktober, nachmittags 1/2 5 Uhr, in der evangelisch-lutherischen Kirche (am Gausplatz) statt, daran anschließend die Feuerbestattung.

Donnerstag, den 11. Oktober 1917,
 8 Uhr abends,
 im großen Saale des Rathauses

Vortrag

Hauptmann Graebener (Neureut)
 zur Zeit bei einem Armeekorps-Kommando:

„Die Flandernschlacht“

Eintritt frei. Jedermann ist eingeladen.

Der „Ausschuß zur
 Veranstaltung vaterländischer Feiern“ Karlsruhe.

Badische Bank.

Gemäß § 244 des Handelsgesetzbuches machen wir hiermit bekannt, daß Herr Weh, Kommerzienrat Victor Lenz, Mannheim, infolge Ablebens aus dem Aufsichtsrat ausgeschieden ist. E. 373
 Mannheim, 8. Okt. 1917.
 Der Vorstand.

Bürgerliche Rechtspflege
 a. Streitige Gerichtsbarkeit.

8.913. Emmendingen. Das Konkursverfahren über den Nachlaß des Schuhmachermeisters Joh. Georg Papp und dessen Ehefrau Rosina geb. Erbsig in Börtlingen wurde nach erfolgter Abhandlung des Schlußtermins aufgehoben.
 Emmendingen, 8. Okt. 1917.
 Der Gerichtsschreiber
 Großh. Amtsgericht.

8.912. Karlsruhe. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Gesellschaft für elektrische Industrie, Aktiengesellschaft in Karlsruhe, sind zur Schlußverteilung 47 237,94 M. verfügbar. Die zu berücksichtigenden Forderungen betragen 1 327 773,60 M.
 Karlsruhe, 6. Okt. 1917.
 Der Konkursverwalter:
 Dr. Friedmann,
 Rechtsanwalt.

8.914. Mannheim. In dem Konkursverfahren über das

Einmach-Töpfe

in größeren Mengen von 5 bis 200 Liter Inhalt liefert ab Südd. Fabrik

Kranz J. Kistner,
 Baumaterialien, Karlsruhe
 Südensstraße 15
 Telefon 1987

Vermögen des Zimmermeisters Eugen Dietrich in Ballshadt ist Termin zur Anhörung einer Gläubigerversammlung über den von dem Verwalter gestellten Antrag, das Verfahren mangels Masse einzustellen, sowie zur Abnahme der Schlußrechnung des Verwalters bestimmt auf: Mittwoch, den 7. November 1917, vormittags 11 Uhr, II. Stock, Zimmer Nr. 113.
 Mannheim, 2. Okt. 1917.
 Großh. Amtsgericht Z 3.

Westdeutsch-Südwestdeutscher Güterverkehr.

Mit Gültigkeit vom 1. Dezember 1917 wird der Ausnahmekarif 29 für Gadeinigungsmafse usw. der Tarifklasse I und 5 ohne Ersatz aufgehoben. Von dem genannten Tage an werden vorkommende Sendungen zu den höheren Frachtsätzen des Spezialtariffs III abgefertigt.
 Karlsruhe, 8. Okt. 1917.
 Großh. Generaldirektion der Staatsbahnen.

Wir übernehmen die pünktliche u. sorgfältige Ausführung v.

Schirmreparaturen jeder Art

auch an allen nicht bei uns gekauften Schirmen jederzeit gerne

FRANCK & CIE., Schirmgroßfabrik
 Kaiserstraße 110, neben Hoflieferant Munding

Prima

Firn-Ersatz
feldgraue Farben

f. Heeresbedarf preisw. abzugeben
Georg Schaefer, Hamburg 1
 Tel. IV. 2685 : Telegr. Geoschaefer.

Karlsruher Adressbuch

1918

Änderungen, Berichtigungen und
 Geschäfts-Anzeigen umgehend erbeten

Annahmeschluß: 15. Oktober

G. Braunsche Hofbuchdruckerei u. Verlag
 Karl-Friedrich-Str. 14 Karlsruhe Karl-Friedrich-Str. 14